

Tareq Sydiq

Autoritäre Interessenaushandlung

Wie Iraner*innen Politik innerhalb
autoritärer Rahmenbedingungen
gestalten



Springer VS

Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens

Reihe herausgegeben von

Martin Beck, Institute of History, University of Southern Denmark, Odense, Dänemark

Cilja Harders, Freie Universität Berlin, Berlin, Deutschland

Annette Jünemann, Institut für Internationale Politik, Helmut Schmidt Universität, Hamburg, Deutschland

Rachid Ouaiassa, Centrum für Nah- und Mittelost-Studien, Philipps-Universität Marburg, Marburg, Deutschland

Stephan Stetter, Institut für Politikwissenschaften, Universität der Bundeswehr München, München, Deutschland

Die Reihe beschäftigt sich mit aktuellen Entwicklungen und Umbrüchen in Nordafrika, dem Nahen Osten, der Golfregion und darüber hinaus. Die politischen, sozialen und ökonomischen Dynamiken in der Region sind von hoher globaler Bedeutung und sie strahlen intensiv auf Europa aus. Die Reihe behandelt die gesamte Bandbreite soziopolitischer Themen in der Region: Veränderungen in Konfliktmustern und Kooperationsbeziehungen in Folge der Arabischen Revolten 2010/11 wie etwa Euro-Arabische und Euro-Mediterrane Beziehungen oder den Nahostkonflikt. Auf nationaler Ebene geht es um Themen wie Reform, Transformation und Autoritarismus, Islam und Islamismus, soziale Bewegungen, Geschlechterverhältnisse aber auch energie- und umweltpolitische Fragen, Migrationsdynamiken oder neue Entwicklungen in der Politischen Ökonomie. Der Schwerpunkt liegt auf innovativen politikwissenschaftlichen Werken, die die gesamte theoretische Breite des Faches abdecken. Eingang finden aber auch Beiträge aus anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die relevante politische Zusammenhänge behandeln.

This book series focuses on key developments in the Middle East and North Africa as well as the Gulf and beyond. The regions' political, economic and social dynamics are of high global significance, not the least for Europe. The book series covers the whole range of the ongoing transformations in the region, such as new developments in regional conflict and cooperation after the uprisings of 2010/2011 including Euro-Arab and Euro-Mediterranean relations, or the Israeli-Palestinian conflict. On a (trans)national level, volumes in the series look at authoritarianism and reform, social movements, gender dynamics, Islam and Islamism, political economy, migration, as well as energy and environmental issues. The series focuses on innovative work in all sub-disciplines of political science and other social sciences disciplines that address political developments in the Middle East.

Dr. Martin Beck ist Professor für gegenwartsbezogene Nahost-Studien an der University of Southern Denmark in Odense, Dänemark.

Dr. Cilja Harders ist Professorin für Politikwissenschaft und Leiterin der „Arbeitsstelle Politik im Maghreb, Mashreq, Golf“ am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, Deutschland.

Dr. Annette Jünemann ist Professorin für Politikwissenschaft am Institut für Internationale Politik der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Universität der Bundeswehr Hamburg, Deutschland.

Dr. Rachid Ouaiassa ist Professor für Politik des Nahen und Mittleren Ostens am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien der Philipps-Universität Marburg, Deutschland.

Dr. Stephan Stetter ist Professor für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München, Deutschland.

Tareq Sydiq

Autoritäre Interessenaushandlung

Wie Iraner*innen Politik innerhalb
autoritärer Rahmenbedingungen
gestalten

Tareq Sydiq
Zentrum für Konfliktforschung
Philipps-Universität Marburg
Marburg, Deutschland

Diese Arbeit wurde als Dissertationsschrift an der Philipps-Universität Marburg angenommen.

ISSN 2626-224X ISSN 2626-2258 (electronic)
Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens
ISBN 978-3-658-38084-7 ISBN 978-3-658-38085-4 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-38085-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Stefanie Eggert

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Dass Staatlichkeit keine Selbstverständlichkeit ist, entsprach meiner Lebenswelt lange bevor ein Studium dies bestätigen konnte. Wenn der erste Atemzug in einem Staate erfolgt, welcher gerade seinen letzten nimmt, so vermag dies eine gewisse Grundskepsis gegenüber Beständigkeit und Statik dieser modernen Konfiguration politischer Ordnung zu erzeugen. Dass ich schließlich eine Arbeit über diese Fluidität solcher Machtbeziehungen und Ordnungsverhältnisse schreiben konnte, ist auch der Kreativität und Flexibilität von Menschen zu verdanken, die diese Erkenntnis in reale Praktiken umsetzten, indem sie mit Behörden verhandelten, zusammenarbeiteten, selbstständig aktiv wurden oder staatliche Anordnungen aktiv umgingen. Sie taten dies dabei nicht aus einem nachgelagerten Plan oder einer inhärent politischen Ideologie heraus, sondern aus einem Überlebenswillen heraus.

Solche Strategien und ad-hoc Maßnahmen gegenüber einem übermächtig anmutenden Staat stellen ein zentrales Motiv dieser Arbeit dar. So, wie die Herleitung dieses Motivs auch außerhalb dieser Arbeit biographisch verankert ist, so ist die Bearbeitung dieser Fragestellung nicht ohne zahllose Personen in meinem Leben denkbar, welche den Prozess begleitet, bereichert und unterstützt haben. Ihnen gilt eine Dankbarkeit, die sich schwer und Worte fassen lässt und nun doch in diesem Medium mit all seinen Einschränkungen gefasst werden soll. Einen Versuch der Annäherung will ich zumindest unternehmen, ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit oder Angemessenheit, denn so manches ist mit bloßen Dankesworten kaum angemessen zu vergelten.

Udenkbar wäre diese Arbeit ohne meinen Betreuer Thorsten Bonacker. Eine der wenigen Personen, die Leser:innen vor der Lektüre dieser Arbeit hätten bewahren können, denn ohne seine Unterstützung über ein halbes Jahrzehnt hätte ich sie wohl weder begonnen noch abgeschlossen. Von wenigen Menschen

durfte ich sowohl wissenschaftlich als auch menschlich so viel lernen. In Erinnerung bleiben neben der geduldrigen, kreativen und stets engagierten Betreuung vor allem der stetige intellektuelle Austausch, der die Freude am akademischen Arbeiten entfachen und aufrechterhalten konnte. Dazu trug das weitere Umfeld des Zentrums für Konfliktforschung in Marburg bei, einer stets inspirierenden und unterstützenden Institution, die freilich von den zahlreichen beteiligten Menschen getragen wurde. Susanne Buckley-Zistel etwa stand stets mit Rat und Tat bereit, egal ob es um inhaltliche Anmerkungen oder die Zusammenarbeit innerhalb des Zentrums ging, und nahm sich jederzeit Zeit auch für die abwegigsten Projekte oder Ideen die ich zu diskutieren suchte.

Ebenso zählen dazu die zahlreichen Kolleginnen und Kollegen am Zentrum für Konfliktforschung, deren Engagement, Unterstützung und Rückmeldungen so manche Krise meistern ließen. Dies gilt etwa für Svenja Wolter, Stephen Foose, Joana Amaral, Philipp Lottholz und Sara Kolah Ghoutschi, die frühere Phasen des Forschungsprozesses begleiteten. Besonderer Dank gilt zudem Werner Distler, Pia Falschnebner, Alina Giesen, Julius Heise, Astrid Juckenack, Anne Menzel, Mariam Salehi, Philipp Schulheiß, Miriam Tekath, und Timothy Williams, die die Arbeit Korrektur lasen und deren Kommentare auch die wirrsten Gedanken und Satzkonstruktionen entschlüsseln konnten.

Auch außerhalb des Zentrums wirkten zahlreiche Menschen mit: Rachid Ouaisa etwa, der mir als Zweitbetreuer stets zur Seite stand, egal ob es darum ging, Gesprächspartner:innen im Iran zu gewinnen oder die Arbeit auch für eine interdisziplinäre Perspektive zu öffnen. Oder Mohammad Farzanegan, der mich in der Anfangsphase beriet, mir wertvolle Ratschläge über Möglichkeiten der Forschung im Iran gab, und durch dessen Engagement im Rahmen der Herbstschule „Social Policy in Oil-Based Economies“ ein erster Aufenthalt erst ermöglicht wurde. Und ebenso Luíza Cerioli, als Leidensgenossin mit der ich sowohl das Interesse am Iran als auch den Prozess des Schreibens teilte und die mit offenem Ohr sowohl für inhaltlichen Austausch als auch für ziellose Beschwerden bereitstand. Nicht zuletzt all jene, die im Rahmen dieses Projektes notwendige Auslandsaufenthalte ermöglichten und unterstützten: Das Center for Relational Studies on Global Crises etwa, wo vor allem Keiko Sakai, Takashi Oshio und Aki Yamamoto über ein Jahr intensive Betreuung und Unterstützung zur Verfügung stellten. Ohne diese wäre der Aufenthalt in Chiba, welcher den Abschluss dieses Buchprojektes ermöglichte, nicht praktikabel gewesen.

Besonderer Dank gilt dabei denjenigen, die sich auch privat und außerhalb ihres Arbeitskontextes einbrachten und wertvolle Perspektivwechsel ermöglichten. Sahar Saeidnia etwa, die vollkommen unbekannterweise bereit erklärte, mir Auskunft und Rat für die Forschung im Iran zu geben. Kaveh Rostamkhani

stand gerade in der Anfangsphase bereit mit zahlreichen Hinweisen und Einschätzungen. Unvergessen bleibt auch Adrian Pourviseh, der mit Anekdoten und Lokalwissen glänzte und stets ein offenes Ohr für den Prozess hatte. Wie oft sich diese Menschen inhaltlich einbrachten, indem sie aus ihren jeweiligen Kontexten eigene Impulse an mich herantrugen oder anboten, frühe Entwürfe zu redigieren und zu unterstützen. Till Gierlich etwa, der jederzeit mit Humor und Tatkraft bereitstand und so viele Texte jeder Art Korrektur las: Bewerbungen, Forschungsprojekte, Gedankenskizzen. Und der nicht nur einzelne Kapitel der Dissertation, sondern auch die Endfassung Korrektur las. Korrektur lasen ebenso Markus Eckert, der sich durch diese Arbeit quälte, und Philipp Sander, der regelmäßig englischsprachige Versionen – ob Konferenzpapiere oder Bewerbungen – gegenlas. All meine Freunde taten dies während sie gleichzeitig eine absolut unerträgliche Transformation aushalten mussten, bei der jedes noch so unschuldige Gespräch früher oder später einen Bezug zu meiner Dissertation herzustellen vermochte und die dies ertrugen oder mit Gesprächen und Care Paketen unterstützten.

Ebenso ist meine Familie zu erwähnen, ohne deren Unterstützung nichts davon denkbar gewesen wäre. Wenig überraschend gehen unsere Kontakte einige Jahre weiter zurück als die Zeit der Dissertation und prägen die Gedankenprozesse, die dort hinführen, auch schon länger. Wie viele wertvolle Hinweise, Ideen und Kontakte aus familiären Kontexten entstanden sind! Und wie wenige hiervon konkret benennbar sind, da sie doch auf einen langen Zeitraum davor zurückgehen und meiner Lebenswelt entspringen. Prägend war dabei insbesondere meine Mutter Nadera Sydiq, die bis heute jeden Artikel von mir, geschrieben mal in ihrer dritten, mal in ihrer vierten Sprache, liest und kommentiert, und die noch jeden Studienwunsch und jeden absurden Wohnort des Sohnes unterstützte. Deren Mut, Kreativität und Weisheit mich stets inspiriert. Eines Tages werde ich hoffentlich dieselbe Chuzpe wie diese Frau haben, die sich bei einem frühen Vortrag zu dieser Arbeit in ein Kolloquium in einer fremden Universität an einer fernen Stadt setzte wie eine Selbstverständlichkeit, und ebenso selbstverständlich wieder entschwand, bevor jemand sich über diese Frau wundern konnte, die da so stolz zuhörte.

Besondere Dankbarkeit gilt den zahllosen Menschen im Iran, denen ich zum Teil bis heute zutiefst verbunden bin. Sie bleiben zu ihrer eigenen Sicherheit anonym, aber sicherlich nicht namenlos – ohne sie wäre diese Arbeit an vielen Stellen gescheitert. Sie stellten Kontakte her, ergänzten eigene Eindrücke, gaben Ratschläge und diskutierten einzelne Ergebnisse und Gedanken stetig mit. Nicht zuletzt kümmerten sie sich stetig – wie oft sie um meine Sicherheit besorgter waren als um ihre eigene! Und wie solidarisch sie sich beim Fall Kabuls 2021

zeigten, verbunden im Leid und der Sorge um die Zukunft. Diese Arbeit mochte zu dem Zeitpunkt bereits abgeschlossen sein, die Solidarität aber überdauerte.

Ein Jahr ist bereits vergangen seit der Haupttext dieser Arbeit geschrieben wurde, und die politische Lage hat sich in diesem Jahr stark gewandelt. Bereits 2019, ein Jahr nach der Datenerhebung für diese Arbeit, kam es zu massiven Protesten und ebenso massiven Repressionen gegen diese. Mit der Präsidentschaftswahl 2021 verstärkte sich die Verengung politischer Räume, die das Leben der Protagonist:innen dieser Arbeit in vielfältiger Weise betraf, erneut. Zahlreiche der Iraner:innen, die diese Arbeit ermöglichten, befinden sich heute selbst auf der Flucht, wanderten aus, oder sind wirtschaftlichen Sanktionen und politischen Repressionen innerhalb des Landes ausgesetzt. Inwiefern damit auch eine Neuorientierung des politischen Systems verbunden ist, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt schwerlich sagen. Bereits jetzt lässt sich aber beobachten, dass Akteure ihre Partizipationsmodi an diese repressivere Ära politischer Aushandlungsprozesse im Iran anpassen. Auch das hoffe ich mit dieser Arbeit aufzuzeigen: Dass Akteure durch Flexibilität und Kreativität auch solche Zeiten überdauern können. Auch wenn eine friedliche Beilegung existierender Konflikte im Iran derzeit unwahrscheinlich erscheint, gibt dies doch etwas Anlass zur Hoffnung angesichts einer wohl turbulenten politischen Zukunft.

Tareq Sydiq

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------|--|----|
| 1 | Einleitung | 1 |
| 2 | Partizipation und Politikgestaltung im Autoritarismus | 11 |
| 2.1 | Die „Grauzone“ zwischen politischen Regimen und Autoritarismus als Idealtypus | 14 |
| 2.2 | Das Iranische Regierungssystem als partizipativer Autoritarismus | 18 |
| 2.3 | Oppositionsforschung, Demokratisierungsforschung und Widerstandsforschung | 25 |
| 2.4 | Wesensbestimmung des Politischen in entpolitisierten Kontexten | 32 |
| 2.5 | Autoritäre Partizipation und Autoritarismus | 34 |
| 3 | Forschungsinteresse und –Strategie | 39 |
| 3.1 | Methodologische Überlegungen | 41 |
| 3.2 | Methodologische Variation, In-Site Variation und Vergleichbarkeit | 44 |
| 3.3 | Forschungsaufenthalte und beigeordnete Fragestellungen | 48 |
| 3.4 | Überlegungen zur Forschungsethik und Sicherheit | 56 |
| 3.5 | Datensammlung und Durchführung | 60 |
| 3.6 | Insider, Outsider oder Dazwischen? Feldzugang und Positionalität | 62 |
| 3.7 | Datenspeicher, Kodierung und Anonymisierung | 65 |
| 4 | Politische Kontexte und Konstellationen im Iran | 69 |
| 4.1 | Der Nationalstaat als politische Arena | 71 |
| 4.2 | Lokale Konstellationen | 77 |

| | | |
|----------|--|------------|
| 4.3 | Der Staat neben dem Staat: Nicht-staatliche Institutionen | 81 |
| 4.4 | Politische Akteure und Elitenkonflikte | 84 |
| 4.5 | Konfliktarenen zwischen politischen Zentren und Peripherie | 90 |
| 5 | Modi politischer Interessenartikulation | 95 |
| 5.1 | Von Eliten dirigierte Politik (Top-Down) | 99 |
| 5.2 | Kooptation und Kooperation (Bidirektional) | 108 |
| 5.3 | Politische Mobilisierung innerhalb des Systems (Bottom Up) | 119 |
| 5.4 | Politikvermeidend/Alternativen schaffend (Adirektional) | 130 |
| 5.5 | Dynamiken politischer Interessenartikulation | 139 |
| 6 | Merkmale politischen Handelns in autoritären Verhältnissen | 147 |
| 6.1 | Politisches Handeln im Autoritarismus | 149 |
| 6.2 | Private, semi-private und öffentliche Räume | 155 |
| 6.3 | Zwischen offizieller Politik und dissidenter Artikulation | 161 |
| 6.4 | Politisierung und Identitätskonstruktion durch gemeinsame Erfahrungshorizonte | 165 |
| 6.5 | Grenzen politischer Autorität | 170 |
| 7 | Autoritäre Partizipation und Interessenaushandlung | 177 |
| | Literatur | 189 |



Einleitung

1

Als ich im Oktober 2017 zum ersten Mal in den Iran einreiste, erzeugte bereits die erste Fahrt mit der Metro ein Irritationsmoment: Zwar gab es ein klar getrenntes Frauenabteil, aus diesem drängte sich aber ein sehr männlich wirkender Händler heraus. Neugierig geworden, achtete ich in meinen ersten Tagen verstärkt hierauf, und tatsächlich schienen diese Händler die einzigen zu sein, welche die Regeln zur Geschlechtertrennung im öffentlichen Nahverkehr ignorierten und Alltagsgegenstände, wie Tischdecken, Kabel und Anhänger verkauften. Aus der politischen Anthropologie sind solche Transgressionen bekannt; zwar gibt es eine offizielle, formell durchgesetzte Politik, deren Umsetzung in der Praxis nimmt allerdings häufig unberechenbare, in Kompromissen lokalisierte Formen an, welche etablierte Kategorien politischen Handelns in Frage stellen (Wedel *et al.*, 2005). Dies mochte ich in der relativen Peripherie, in Hinterhöfen mit illegalen Satellenschüsseln oder Bergdörfern jenseits direkter staatlicher Kontrolle erwartet haben, aber sicher nicht in der zentralen U-Bahn-Linie, welche durch das Zentrum der Macht in Teheran fährt und von Soldaten und Geistlichen regelmäßig genutzt wird. Dieses Verhalten erschien mit nicht subversiv oder widerständig, sondern von Machthabenden einkalkuliert und sehr bewusst toleriert.

Zu diesem Zeitpunkt lagen die letzten großen Proteste von 2009 bereits fast ein Jahrzehnt zurück, die autoritären Herrscher übten in der Folge weiterhin massiven Druck auf die Gesellschaft aus, und der Reformist Rouhani schien die Politik seines konservativen Vorgängers Ahmadinedschad lediglich abzuschwächen, aber nicht fundamental zu ändern. Politische Veränderungen oder große Konflikte wirkten nicht komplett abwegig, aber eher weit hergeholt, und Widerstandspraktiken so weit toleriert, dass sie entschärft waren. Dennoch mahnte eine Gruppe Studierender empört, der Iran sei keineswegs ein friedliches Land; es sei ein Land voller Konflikte, das entlang sozialen, politischen und ethnischen Bruchlinien auseinanderzuberechen drohe (Forschungstagebuch, 29.10.2017). Gerade einmal sechs

Wochen später brachen massive Proteste los, welche insbesondere im Dezember 2017 und Januar 2018 international Schlagzeilen machten; regelmäßige Proteste der unterschiedlichsten Gruppen hielten auch danach an.

Aus diesem Spannungsverhältnis – hier ein mal moderierender, mal repressiver Staat, dort eine sich diesem kleinteilig entziehende, mal weitergehend mobilisierende Gesellschaft – ergab sich eine zentrale Frage für diese Arbeit: Wie konnten Iraner:innen innerhalb autoritärer Strukturen Interessen artikulieren, ohne dabei die Grenzen des politischen Systems zu verlassen? Schließlich erzeugten gesellschaftliche Aktionen unterschiedlichen Formen staatlicher Reaktionen, die unterhalb des maximalen repressiven Potenzials blieben und oftmals toleriert oder von Seiten des Staates für sich vereinnahmt wurden. Ich beantworte diese Frage, indem ich autoritäre Partizipation als einen inhärenten Bestandteil autoritärer Herrschaft ethnographisch untersuche und vier Modi der Interessenaushandlung identifiziere, innerhalb derer diese Partizipation stattfindet. Kern dieser Arbeit ist dabei politische Partizipation im Autoritarismus, also in Staaten, welche grundsätzlich partizipative Mechanismen innerhalb repressiver Rahmenbedingungen bewahren. Indem ich autoritäre Partizipation als Artikulation von Interessen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen fasse, durch welche politische Anliegen von individuellen und kollektiven Akteuren in staatliche, kollektive politische Prozesse eingebracht werden, betone ich die wechselseitige Interaktion gesellschaftlicher und staatlicher Akteure.

Diese Dynamik aus staatlicher Steuerung und gesellschaftlicher Partizipation lässt sich mit dem bestehenden theoretischen Repertoire nur unzureichend erklären. Auch deshalb stellen Lien Pham und Ance Kaleja ein Defizit in der Betrachtung politischen Engagements in autoritären Staaten fest und sprechen sich für eine Erweiterung des Partizipationsbegriff aus (Pham and Kaleja, 2021). Zwischen systemischen Makro-Studien, welche autoritäre Stabilität und demokratische Transformation, und individualisierten Mikro-Ansätzen, die vor allem Widerstandspraktiken, betrachten, drohen für das Verständnis der Dezemberproteste 2017 notwendige Prozesse unterzugehen. Erst aus der Interaktion beider Mechanismen lassen sich diese erfassen. Diese Arbeit trägt damit zu Debatten über partizipative Mechanismen in autoritären Staaten bei. Dass Partizipationsmechanismen für effektive Legitimierung und Verwaltung durch Regierende notwendig sind (Lorentzen, 2013; Arnesen, 2017; Marquis and Bird, 2018), die Begrenzung politischer Partizipation politischer Macht aber ebenso die Macht dieser Regierenden sichert (Bhasin and Gandhi, 2013; Celestino, 2017), erzeugt ein Spannungsfeld innerhalb autoritärer Herrschaft. Innerhalb dieses

Spannungsfeldes sind Prozesse staatlicher Kooptation und gesellschaftlicher Artikulation nicht entkoppelbar, sondern an gegenseitige Erwartungshorizonte und Abwägungen gebunden.

Ich baue damit auf Arbeiten wie der von Paola Rivetti auf, welche politische Partizipation im Iran als ein zwar dauerhaftes Phänomen begreift, das aber insbesondere von reformistischen Eliten betrieben und von 1997 bis 2005 explizit gefördert wurde. In ihrer Argumentation entstand während dieser Periode eine Vernetzung und Aktivierung zivilgesellschaftlicher Akteure, welche in der Green Movement 2009 mündeten (Rivetti, 2019). Rivetti öffnet den Blick für unvorhergesehene Effekte einer staatlichen Liberalisierung und Subjektivitäten, welche sich staatlicher Steuerung und Kooptation entziehen. Dies wirft jedoch Fragen zur Wirkmächtigkeit politischer Partizipation jenseits staatlich beförderter Prozesse auf – wie sich im Laufe der Forschungsarbeit zeigte, artikulieren Akteure Interessen auch unabhängig von staatlichen Öffnungen und Versuchen, eine kooptierbare Öffentlichkeit zu schaffen. Wo Rivetti Zivilgesellschaft nun als strukturiertes Handlungsfeld begreift, in welchem Akteure in diskursiven Interaktionen von Strukturen beeinflusst werden und gleichzeitig auf diese einwirken (Rivetti, 2019, pp. 101–103), argumentiere ich, dass zivilgesellschaftliche Partizipation lediglich eine spezifische Handlungsform darstellt, die sich als ein Modus politischer Interessenaushandlung konstituiert. Anstelle der Zivilgesellschaft als Feld für politische Aushandlungsprozesse rücke ich staatliche und gesellschaftliche Akteure als Protagonisten solcher Aushandlung in den Vordergrund, welche in verschiedenen politischen Kontexten und Konstellationen aufeinander einwirken. Damit ist es analytisch möglich, auch kleinteilige, nicht in sozialen Organisationen strukturierte Artikulationen, die dennoch ein partizipatives Element beinhalten, in eine Untersuchung politischer Partizipation einfließen zu lassen.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit den politischen Aushandlungsprozessen innerhalb autoritärer Strukturen, in welchen institutionalisierte Interessenartikulation eingeschränkt ist. Mittels eines situativen, relationalen Politikbegriffs aus der politischen Anthropologie, welchen ich in Kapitel 2 ausführe, greife ich dazu politische Partizipation als einen sowohl erwünschten als auch agonalen Prozesses auf und untersuche diese am Beispiel des Irans. Dazu identifiziere ich in Kapitel 5 vier Modi, innerhalb derer Akteure an Interessenaushandlung mitwirken können. Diese können sie nutzen, um an den in Kapitel 4 beschriebenen staatlichen Institutionen zu partizipieren. Dies ergänzt Ansätze, welche anerkennen, dass vielschichtig gelagerte Machtstrukturen und Institutionen Einfluss auf die politischen Strategien von Akteuren nehmen (Johansson and Vinthagen, 2014), dabei aber staatliche oder gesellschaftliche Prozesse für

sich, ohne Einbezugnahme der Interaktionsdynamiken untereinander, analysieren. Die Partizipation gesellschaftlicher Akteure ist dabei nur unter Berücksichtigung staatlicher Steuerungsversuche denkbar, wodurch gesellschaftliche und staatliche Akteure in Aushandlungsprozessen gegenseitig aufeinander einwirken. Damit einher geht eine Erweiterung von Aushandlungsprozessen um multidirektionale Prozesse, welche sowohl in Richtung Machhabender als auch in Richtung Regierter wirksam werden.

Diese Erweiterung des Verständnisses fügt sich ein in eine lange Forschungstradition, welche vor allem aus der politischen Anthropologie heraus argumentierte. Bereits James Scott konstatierte eine mangelnde Auseinandersetzung mit politischen Prozessen unterhalb derjenigen Aufmerksamkeitsschwelle, welche konzeptionell zu Definitionen von sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaften gehört (Scott, 1985). Diese Kritik wurde in späteren Jahren wiederholt und an zahlreichen empirischen Fällen aufgezeigt. So bemängelte Asef Bayat die Überbetonung revolutionärer Aktivitäten gegenüber kleiner politischer Aktionen im Iran zwischen 1976 und den 1990ern, deren Relevanz sich erst mit der Zeit erwies (Bayat, 1997). Ähnliche informelle, wenig beachtete Aktivitäten zeigte Salwa Ismail im ägyptischen Kontext auf (Ismail, 1996). Grundsätzlich stieß diese Verschiebung des Politikverständnisses, weg von institutioneller, leicht sichtbarer, hin zu informeller, leicht zu übersehender Politik, zahlreiche Studien der Resistance Studies, Subaltern Studies und der politischer Partizipation an (Hollander and Einwohner, 2004; Johansson and Vinthagen, 2014).

Von einigen Ausnahmen abgesehen (z. B. Howe, 1998) beschäftigen sich diese mit Gesellschaften außerhalb Europas und in nicht-demokratischen Kontexten. Dies liegt unter anderem daran, dass die Struktur autoritärer Systeme offizielle, institutionalisierte politische Prozesse erschwert und Akteure in die Peripherie drängt (Bayat, 2013). Aus der politischen Anthropologie heraus entwickelte Forschungsstränge verhalten sich damit komplementär zu politikwissenschaftlichen Ansätzen, welche sich mit autoritären Institutionen und Machtstrukturen innerhalb der Autoritarismusforschung beschäftigen, da sie die schon von Scott identifizierte Lücke zwischen offizieller und inoffizieller Politik füllen. An dieser Lücke setzt auch diese Arbeit an, da die identifizierten Modi der Interessenartikulation sowohl formelle, explizite Formen autoritärer politischer Partizipation als auch informelle, implizite Arten umfassen.

Damit trägt diese Arbeit dazu bei, partizipative Politik innerhalb autoritärer Strukturen genauer zu beleuchten und politische Interessenartikulation im Autoritarismus in den Vordergrund zu rücken. Dem liegt ein Verständnis von politischer Partizipation als einem Kategorien politischer Systeme transzendierenden Konzept zugrunde. Ich fasse politische Partizipation als Prozesse, die

auf der sozialen Ebene aus politischen Feinden politische Gegner machen und diese dadurch einhegen, sowie auf der inhaltlichen Ebene politische Ziele dieser Akteure von außerhalb der Machtinstitutionen in diese hereintragen. Ersteres ist angelehnt an Chantal Mouffe, welche eine solche Einhegung als normatives Ziel demokratischer Regierungsformen formuliert (Mouffe, 1999, 2013; Roskamm, 2014).

Ich begreife eine solche Einhegung und Einbindung, basierend auf Erkenntnissen der Autoritarismusforschung, als einen inhärenten Prozess auch in autoritären Staaten. Aus der Erkenntnis, dass Interessenartikulation auch Bestandteil nicht-demokratischer Politik ist, wie sie Arbeiten zu elektoralem, kompetitiven und pluralistischen Autoritarismus formulierten (Mertha, 2009; Levitsky and Way, 2010; Morgenbesser, 2014; Schedler, 2015), ergibt sich eine Diversifizierung nicht-demokratischer Staatsformen, welche politische Typologien von Regimen spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges erfahren haben (Lauth, 2002; Wigell, 2008; Wahman, Teorell and Hadenius, 2013). Ein rein dichotomes Verständnis, wonach Interessenartikulation in Demokratien existiert, in nicht-Demokratien aber abwesend ist, ist mit diesen Erkenntnissen nicht vereinbar. Nicht-demokratische Interessenartikulation mag weniger institutionalisiert, riskanter und unberechenbarer sein als ihr demokratisches Äquivalent, sie stellt aber nichtsdestotrotz einen wesentlichen Teil realer Alltagspolitik selbst in totalitär organisierten Strukturen dar (Evans, 2006; Ledeneva, 2006; Haggard and Noland, 2010; Dukalskis, 2016). Umso wichtiger scheint es, politische Interessenartikulation nicht lediglich als eine Leistung zur Demokratisierung, als strategische Mobilisierung durch staatliche Akteure, oder als reine Symbolpolitik zu begreifen, sondern als einen fundamentalen, gleichzeitig in die Herrschaftslogiken autoritärer Systeme integrierten Prozess.

Dazu fasse ich Politik als ein Spannungsfeld zwischen zentralstaatlicher und gesellschaftlicher Macht. Eine wichtige Grundlage hierfür sind Arbeiten von Kevan Harris, welcher iranische Politik als ein Ergebnis gesellschaftlicher Konfrontationen begreift, die in Repressionen, aber auch Besänftigungen durch staatliche Wohlfahrtspolitik mündet und dabei auf verschiedenen Ebenen ausgehandelt wird (Harris, 2017). Harris ergänzt auf diese Weise sicherheitspolitische Macht in autoritären Staaten mit einem Blick auf gestalterische, wohlfahrtsstaatliche Macht, die mehr als reine Performance-Legitimität umfasst: Obwohl der iranische Staat wirtschaftlich schwach erscheint und klassische Entwicklungsziele nicht erfüllt, kann er ein breites Feld wohlfahrtsstaatlicher Erfolge aufweisen, welche gesellschaftliche Bedürfnisse unmittelbar erfüllen. Diese gehen unter Anderem aus Interaktionen mit Akteuren hervor, die solche Ansprüche geltend machen (Harris, 2017).

Gerade lokale (und oftmals präventive) Aushandlungskapazitäten stellen somit einen wesentlichen Aspekt iranischer Politik dar (Harris, 2013b), welcher unmittelbar Politikaushandlung und mittelbar die Dynamik politischer Krisen im Iran erläutern kann. Dies erlaubt es, auch über den repressiven Charakter autoritärer Strukturen hinaus Prozesse bewerten zu können. Harris arbeitet so auch die wechselseitige Beeinflussung staatlicher und gesellschaftlicher Akteure heraus. Erst durch den Sozialstaat wurde dabei diejenige Mittelklasse geschaffen, welche die Proteste der Green Movement trug. Hierbei entstand ein korporatistischer Sozialstaat, der jeweils einzelne Zielgruppen ansprach und flexibel einbinden kann, sie aber gleichzeitig ermächtigt, ihn herauszufordern (Harris, 2013a, pp. 67–69). Hierauf baut Arzoo Osanloo mit der Beobachtung, dass der Staat die rechtliche Anerkennung und damit Sichtbarkeit durch Institutionen bietet, welche es ermöglichen, überhaupt Forderungen diesem gegenüber zu erheben, auf. Erst durch die Einbindung durch den Sozialstaat entstehen hier Möglichkeiten für gesellschaftliche Akteure, sich hörbar zu machen und zu Akteuren der Interessenartikulation zu werden (Osanloo, 2019).

Die Literatur zum autoritären Charakter iranischer Staatlichkeit ist dabei ebenso breit gefächert wie die Literatur zu ihrer aktivistischen Gesellschaft und revolutionären Umbrüchen. Besonderes Augenmerk wird jedoch auf die repressiven Elemente und strukturellen Ungleichheiten des Staates, sowie auf Demokratisierungs- und Umbruchspotenziale aktuellen Engagements gelegt. Ein solches Vorgehen läuft nun Gefahr, Staatlichkeit rein auf den repressiven Mechanismus und Engagement rein auf konfrontative Mechanismen zu reduzieren; beides gibt die beobachteten Phänomene iranischer Politik nur unzureichend wieder, da sie insbesondere saliente Mobilisierungen wie 2009 und 2017 berücksichtigen, nicht jedoch verhinderte oder Mikro-Mobilisierungen. Erst das Einbeziehen dialogischer, zyklischer Dynamiken erlaubt es, auch diese nicht salient gewordenen Mobilisierungen einzubeziehen.

Autoritäre Partizipation untersuche ich anhand des Irans als Fallstudie. Er eignet sich hierfür aufgrund seines politischen Systems, welches partizipative Elemente mit repressiven Rahmenbedingungen vereinbart (Wells, 1999; Ehteshami, 2002; Bayat, 2010; Krämer, Kaltschew and Zamirirad, 2013). Der Iran, als ein dem eigenen Anspruch nach demokratischer (Schirazi, 1998), nach internationalen Standards autoritärer Staat, verbindet Charakteristiken beider Systeme; er schwankt hierbei periodisch und regional danach, wie stark er in das eine oder das andere Extrem fällt (Fairbanks, 1998; Gheissari and Nasr, 2005; Harris, 2017). Der iranische Staat fällt damit in ein international bekanntes Muster von Staatlichkeit: Während er einen demokratischen Anspruch postuliert, sich damit an eine international geltende Norm hält, höhlt er denselben aus und verweigert

sich, Macht im Sinne einer vollen Demokratie abzugeben. Daraus entstehende Widersprüchlichkeiten lassen sich dementsprechend länderübergreifend beobachten und sind nicht Iran-spezifisch. Die Struktur des Staates, welcher als zwar „subaltern“ (Sharifi, 2013) aber nicht als vormodern (Bayat, 2010), als komplex, mit zahlreichen ausgleichenden Mechaniken, aber stets auf den religiösen Führer als zentrale Machtinstanz zugeschnitten (Schirazi, 1998) begriffen werden kann, entzieht sich ebenso einfachen Kategorisierungen als Diktatur oder Demokratie. Solche autoritären Systeme werden in der jüngeren Demokratie- und Autoritarismusforschung zunehmend als Mischformen betrachtet, welche sowohl partizipative als auch repressive Mechanismen verbinden und damit zur Mehrheit der betrachteten politischen Systeme gehören.

Die zunehmende Sensibilität für Defizite bei bestehenden Demokratien, die sich im Begriff illiberaler Demokratien manifestiert (Zakaria, 1997), sowie für partizipatorische Elemente in Diktaturen, oft gefasst unter elektorale Autokratien (Schedler, 2002, 2015) oder hybride Regime (Karl, 1995), läuft darauf hinaus, dass die „Grauzone“, welche bei Singhofen etwa von defekten Demokratien bis hin zu elektoralen autoritären Staaten reicht, konzeptionell größer wird (Singhofen, 2013). Das Fehlen einer systematischen, konzeptionellen Erfassung von autokratisch-demokratischen Mischtypen (Schmotz, 2010) macht sowohl ihre Abgrenzung zu demokratischen oder totalitären Idealtypen schwierig (Lauth, 2002), wie auch ihre Kategorisierung in trennscharfe Subtypen. Dennoch gibt es ein zunehmendes Interesse an Politikgestaltung innerhalb dieser Mischformen, welche nicht nur die Institutionen und Repressionsapparate einerseits oder Demokratisierungs- und Widerstandsdynamiken andererseits untersucht, sondern vielmehr mit einem weiten Oppositionsbegriff operiert. Dieser umfasst staatlicherseits als legitim wie illegitim betrachtete Formen und ist sich multi-dimensional gelagerter Machtstrukturen bewusst (Johansson and Vinthagen, 2014).

Gerade die für die neuere Staatlichkeitsforschung kennzeichnende Auflösung eines monolithischen Staatsbegriffes (Migdal and Schlichte, 2016) hin zu einem multizentrischen, verschränkten Staatsverständnis spricht ebenfalls für eine konzeptionelle Offenheit, wenn es um die Darstellung politischer Prozesse auf der Mikro- und Mesoebene geht. Insbesondere auf der alltagsweltlichen Erfahrungsebene wirken sich makro-institutionelle Unterscheidungen zwischen autoritären Subtypen kaum aus, da innerhalb eines Staates regional unterschiedlich gelagerte Strukturen existieren; die Erfahrungen eines kurdisch-iranischen Bauern dürften den Erfahrungen eines tatarisch-russischen Bauern näher stehen als denen eines iranischen Universitätsprofessors, da die strukturellen Mechanismen sich stärker gleichen. Die ambivalente Vagheit dieser staatlichen Manifestationen ist

gerade der Herrschaftslogik staatlicher Peripherie inhärent, da sie eine praktische Flexibilität erlaubt, welche rein staatstheoretisch schwer begründbar ist, in der politischen Praxis aber unabdinglich ist.

Basierend hierauf ist zweierlei anzunehmen: Zum einen, dass Mischformen staatlicher Herrschaftslogiken innerhalb eines Staates unterschiedlich ausgeprägt sind, da die konkreten Herausforderungen und Implementierungen normativer Staatsverständnisse variieren. Zum anderen legt es nahe, dass formalisierte, etablierte Staaten diesbezüglich einheitlicher gestaltet sind als informelle, sich etablierende Staatskonfigurationen, womit idealtypisch demokratische und totalitäre Staaten gleichermaßen einheitlicher gestaltet sind als autoritäre Mischformen, die sich zwar nicht explizit in Übergangsphasen befinden, in denen aber politische Transformationsprozesse als Projekte der Modernisierung, der Reaktion, der Demokratisierung oder der Konsolidierung regionale Differenzen begünstigen.

Machthabende, so ein zentrales Argument dieser Arbeit, kalkulieren Formen politischer Partizipation ein und befördern bestimmte Formen, während sie andere lediglich tolerieren. Regierte können ebenso wie Machthabende ihre Aushandlungsstrategien strategisch variieren und das Ausmaß von Maßnahmen skalieren, womit sie auf Öffnungen wie auf Repressionen reagieren. Dieses Zusammenspiel kann systemstabilisierend sein, wo sie Konflikte entschärft indem sie politische Gegner einhegt und gesellschaftliche Potenziale für autoritäre Machthabende nutzbar macht. Partizipation kann aber auch destabilisieren und unerwünscht sein (Pham and Kaleja, 2021). Sie kann etwa, im Falle einer Verdrängung gesellschaftlicher Potenziale in die Peripherie und einer weitgehenden Versicherheitlichung partizipativer Prozesse, Steuerungskapazitäten unterminieren, Konflikte verstetigen, und künftigen Umbrüchen vorbereitend den Weg ebnen.

Diese wechselseitige Abwägung erklärt scheinbar paradoxe Eigenschaften autoritärer Partizipation: Obwohl sie mal als reine Information lokaler Bevölkerungen über Regierungspläne stattfindet (Romano, 2018), mal als Kooptationsmechanismus politische Potenziale gesellschaftlicher Akteure neutralisiert (Dalmasso, 2018), bietet sie gesellschaftlichen Akteuren dennoch Anreize, zu partizipieren, indem begrenzte Politikziele verwirklicht werden können und Aktionspotenziale trotz einer stets präsenten staatlichen Repression aufrecht erhalten werden können. In dieser Arbeit argumentiere ich, dass selbst kooptierte und stark staatlich gesteuerte Partizipationsformen solche Aktionspotenziale für gesellschaftliche Akteure beinhalten, die sich teilweise in kurzfristigen Politikzielen, oftmals aber erst langfristig als Herausforderungen solche Steuerungen entfalten können. Auf die umfassenden staatlichen Repressions- und Steuerungskapazitäten können gesellschaftliche Akteure mit Moduswechseln reagieren, welche es

ihnen zum einen erlauben, staatlicher Steuerung auszuweichen, und zum anderen, ihre eigene Positionierung innerhalb des politischen Systems zu verbessern und Aktionspotenziale aufzubauen.

In **Kapitel 2** führe ich zunächst zentrale Begriffe dieser Arbeit ein. Ich verorte dabei das politische System des Irans innerhalb der Autoritarismusforschung als einen partizipativen Autoritarismus, welcher innerhalb repressiver Rahmenbedingungen auch elektorale und partizipative Mechanismen aufweist. Zu weiterführenden Untersuchung leite aus der bestehenden Forschung einen Partizipations- sowie Politikbegriff ab, welche anthropologisch geprägt sind und ohne den Rückgriff auf Konzepte der Zivilgesellschaft auskommen. Beide Argumentationsstränge führe ich schließlich mit einem Blick auf die Vergleichbarkeit partizipativer Mechanismen jenseits von Systemtypologien zusammen.

In **Kapitel 3** entwickle ich daran anknüpfend einen methodologischen Rahmen und ein methodisches Vorgehen für drei Aufenthalte im Iran zwischen 2017 und 2018. Die dabei erhobenen ethnographischen Beobachtungen und qualitativen Interviews erforderten zudem forschungsethische Abwägungen zwischen transparenter Forschung und Sicherheitsfragen in autoritären Forschungsumfeldern. Anschließend daran skizziere ich in **Kapitel 4** den politischen Kontext und die jeweiligen Konstellationen, innerhalb derer Interessenaushandlung stattfindet. Nach einem Überblick über die nationale Arena widme ich mich lokalen Manifestationen, informellen Akteuren und Zentrum-Peripherie Dynamiken. Ich argumentiere dabei aus der wechselseitigen Interaktion staatlicher und gesellschaftlicher Akteure heraus: Der politische Kontext beeinflusst gesellschaftliche Partizipation und umfasst nicht nur nationalstaatliche Institutionen, sondern auch lokale und informelle, nicht-staatliche Institutionen mit Zugängen zu staatlicher Macht. Die Beziehung von institutionellen Rahmenbedingungen und Akteurskonstellationen zueinander fasse ich dabei als Zentrum-Peripherie Dynamiken.

Diese beeinflussen dabei die Modi der Interessenaushandlung, welche ich in **Kapitel 5** darstelle, indem sie lokal unterschiedliche Zugänge zu staatlichen Institutionen ermöglichen: Wer sich nahe am Zentrum politischer Macht befindet, greift auf andere Artikulationsmöglichkeiten zurück, als Akteure in der Peripherie. Aushandlungsmodi unterscheiden sich in ihrer Direktionalität: Dirigierte Politik ist etwa als Top-Down Prozess vom bidirektionalen Kooptation-Kooperations Nexus, der politischen Mobilisierung als Bottom-Up Prozess und der adirektionalen Politikvermeidung abgrenzbar. Akteure können zwischen verschiedenen Modi wechseln, ohne grundsätzlich ihre Positionierung im politischen System zu ändern, womit Aushandlungsmodi von Eigenschaften der Akteure unabhängig sind. Gleichzeitig aber können Akteure erfolgreiche Partizipationen dafür nutzen, ihre Positionierung mit Blick auf künftige Artikulationen zu

verbessern. Dem zugrunde liegt ein Verständnis von Interessenaushandlung als Zusammenspiel von staatlicher Steuerung und gesellschaftlicher Artikulation, in welchem zwar eine der beiden Seiten stärker betont sein kann, beide aber stets präsent sind.

Daran knüpfe ich in **Kapitel 6** an mit dem Argument, dass gesellschaftliche Akteure Aktionspotenziale schaffen durch strategische Moduswechsel, wobei gleichzeitig die Rahmenbedingungen ihrer Interessenaushandlung selbst Ziel dieser Aushandlungsprozesse sind. Diese sind verstetigter als strategisch gewählte Modi. Um diese greifbar zu machen, identifiziere ich drei Konfigurationen autoritärer Interessenaushandlung: Räumliche Bedingungen, den Politikbegriff, sowie politische Identitätskonstruktionen, welche jeweils beeinflussen, welcher Aushandlungsmodus möglich erscheint. Ich argumentiere hier, dass diese drei Konfigurationen gleichzeitig von einem Spannungsfeld zwischen gestalterischer und sicherheitspolitischer Macht überlagert werden. Ich greife dabei auf das Argument zurück, dass wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen sicherheitspolitische Herausforderungen des Staates entschärfen können, indem sie von gesellschaftlichen Akteuren erwünschte Ergebnisse ohne das Risiko einer Auseinandersetzung mit dem Staat produzieren (Harris, 2017). Da dies nur soweit trägt, wie die Einhegung politischer Interessenartikulation in partizipative Prozesse erfolgreich ist, erzeugt eine Eskalation die gegenteilige Dynamik: Anstatt dass nun Politikgestaltung sicherheitspolitische Herausforderungen reduziert, reduziert die sicherheitspolitische Eskalation die Einbindung gesellschaftlicher Akteure und bindet staatliche Kapazitäten in repressiven Organen, womit Politikgestaltung erschwert wird.



Partizipation und Politikgestaltung im Autoritarismus

2

In diesem Kapitel führe ich zunächst einige Schlüsselbegriffe dieser Arbeit aus und bringe sie mit der Forschungsfrage nach politischer Interessenaushandlung im Autoritarismus in Verbindung. Dies ist insbesondere nötig, da Begriffe wie Autoritarismus, Partizipation, Widerstand, Zivilgesellschaft und Staatlichkeit in verschiedenen Forschungssträngen unterschiedlich assoziiert und normativ aufgeladen werden. Deren Einordnung in die existierende Literatur zum Iran und zum Autoritarismus macht im Folgenden den konzeptionellen Rahmen dieser Arbeit greifbar. Über die Entwicklung eines analytischen Zuganges bereite ich zudem die methodischen Überlegungen in Kapitel 3 vor, welche darauf aufbauen.

Interessenaushandlung als politischer Prozess umfasst ein weites Feld innerhalb der Sozialwissenschaften und wurde aus unterschiedlichsten Disziplinen heraus untersucht. Grundsätzlich sind sowohl Partizipations- als auch Autoritarismusforschung in der Demokratisierungsforschung verankert; die normative Ausrichtung letzterer wird zwar zunehmend kritisiert (Carothers, 2002; Aarts and Cavatorta, 2013), wirkt aber weiterhin nach. Obschon Transformationsprozesse sicherlich von großem politischem Interesse sind, lassen sich nicht sämtliche politischen Prozesse, die sich staatlicher Steuerung entziehen, unter einen Transformationsbegriff fassen. Interessenaushandlung in autoritären Systemen wurde lange Zeit entweder als eine solche anti-systemische Artikulation, in Form transformativer Protestbewegungen, oder als inhärent system-immanente staatliche Mobilisierung zugunsten des Systems begriffen. Erst in der neueren Literatur wird innerhalb des Systems legitimen Artikulationsformen, wie zum Beispiel den „government organized non-governmental organizations“ oder „GONGO“ (Wu, 2003) sowie korporierten Vereinigungen eine eigene Agendasetzung und innere Differenzierung zugesprochen (Hasmath, Hildebrandt and Hsu, 2019; Kalb, 2019). Diese sind als Interessenvereinigungen weder völlig staatlich eingenommen, noch anti-systemisch transformativ, was auf eine begrenzte